



«Sie würden sich noch wundern,
wer alles zu den Konsumenten gehört.»

Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des Sicherheits-
und Justizdepartementes

«Es ist kein Geheimnis, dass der National- oder Ständerat für mich ein Thema ist»

Vor acht Jahren wurde die damals 36-jährige Karin Keller-Sutter in die St.Galler Regierung gewählt. Vor wenigen Wochen wurde sie mit einem Glanzresultat im Amt bestätigt. Kein Grund für die Politikerin, an ihrem Stuhl festzuhalten. Gegenüber dem LEADER sagt sie ganz klar: «Es gibt ein Leben nach der Regierung.» Wie sie sich dieses vorstellen könnte und wie sicher der Kanton denn nun wirklich ist, erklärt die Freisinnige im Interview.

Interview: Marcel Baumgartner

Bilder: Bodo Rüedi

Karin Keller-Sutter, Sie gelten in der Politik als Hardlinerin. Zu Recht?

Das hat sicherlich hauptsächlich mit meinem Aufgabenkreis zu tun. Man wird in diesem Amt – gerade von linker Seite – schneller schubladiert als in anderen Departementen. Ich habe auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder betont: Ich bin keine Hardlinerin. Ich bin konsequent. Ich habe eine klare Vorstellung, wie die Sicherheitspolitik gestaltet werden soll. Und das ziehe ich durch. Wenn ich Probleme sehe, bin ich der Meinung, dass man diese ansprechen soll.

Man könnte sagen, dass Sie einen der undankbarsten Jobs haben: Sie werden laufend kritisiert, teilweise bedroht und sind sicherlich auch nie mit der Arbeit fertig. Wie holt man sich hier die Motivation?

Ich mache meine Regierungsarbeit sehr gerne. Die Führungsaufgabe und das Thema sagen mir zu. Es war ja nicht mein Wunschdepartement. Aber ich habe mich sehr schnell eingelebt. Und es ist ein Bereich, der durchaus dankbar sein kann. Nämlich dann, wenn man sieht, dass man etwas bewegen kann. Es ist motivierend zu sehen, dass man der Sicherheitspolitik in einem Kanton eine Richtung geben kann. Ich sage auch immer zu meinen Mitarbeitern: Unser Grundauftrag ist es, die Spielregeln der Gesellschaft durchzusetzen. Letztlich schützen wir damit die Freiheit der Menschen. Für mich als Liberale kann es keine bessere Motivation geben.

Gleichzeitig erfüllt es mich mit Sorge, dass man immer mehr gesellschaftspolitische Probleme an den Staat bzw. an die Polizei delegieren will. Wenn wir so weitermachen, werden wir zum «nanny state».

Es wäre also ein Graus für Sie, wenn wieder ein linker Politiker Ihr Departement übernehmen würde?

Das war ja lange Zeit der Fall. Ich war seit Jahrzehnten die erste Bürgerliche in diesem Departement. Vorher hiess es lange Zeit scherzhaft, dass dies das einzige Departement sei, das man der SP übergeben kann.

Wieso das?

Weil die Polizei sowieso einen Grundauftrag zu erfüllen hat. Trotzdem ist es möglich, Schwerpunkte zu setzen, z.B. bei der Ausländerkriminalität oder beim Drogenhandel. Persönlich liegt mir die Bekämpfung der Jugenddelinquenz am Herzen. Wir sind daran, einen polizeilichen Jugenddienst aufzubauen. Mein ehemaliger Kollege Hanspeter Uster hat sich als Linker vor allem der Wirtschaftskriminalität gewidmet. Für mich ist das Amt allenfalls einfacher, weil ich als Bürgerliche voll und ganz hinter dem stehen kann, was wir hier machen. Das heisst nun aber nicht, dass ich alles kritiklos betrachte, was die Polizei macht. So einfach ist es dann doch nicht.

Seit dem Jahr 2000 sind Sie St.Galler Regierungsrätin. Wie lange bleiben Sie noch im Amt?

(lacht) Ich bin für vier Jahre gewählt. Alles andere weiss ich noch nicht. Ich wurde mit 36 Jahren in dieses Amt gewählt, und es war mir immer klar, dass ich nicht 30 Jahre bleiben kann. Es gibt für mich ein Leben nach der Regierung. Aber wie das aussehen wird – ob der National- oder Ständerat ein Thema wird – ist noch völlig offen. Ich führe, entscheide und gestalte gerne. Das kann man durchaus an einem anderen Ort, in der Wirtschaft oder einem Verband. In



den letzten vier Jahren war ein Wechsel für mich kein Thema. Nun muss ich mich aber damit auseinandersetzen.

«Man wird in diesem Amt schneller Schubladisiert als in anderen Departementen.»

Man kann davon ausgehen, dass Sie auch bei den nächsten Wahlen wieder mit einem Glanzresultat gewählt würden. Dennoch sähen Sie viele doch lieber in Bern als in St.Gallen.

Es ist sicher kein Geheimnis, dass der National- oder Ständerat für mich ein Thema ist. Ich werde dies zusammen mit meiner Partei genau anschauen. Fakt ist, dass man in der Politik nichts fix planen kann. Es kann immer etwas schief gehen. Ich hätte ja auch nie daran gedacht, mit 36 Jahren Regierungsrätin zu werden. Als ich meinen Mann kennen lernte, kandidierte ich beispielsweise gerade für den Wiler Gemeinderat. Und als wir heirateten, versicherte ich ihm, dass der Kantonsrat für mich das

Höchste der Gefühle wäre. Er erinnert mich heute noch ab und zu an diese Aussage.

Im Berufsleben sind sie also konsequenter als privat?

Es zeigt nur, dass politische Karrieren nicht planbar sind. Ich bin auch privat sehr konsequent und diszipliniert.

Sie setzen sich für eine erhöhte Polizeipräsenz ein, was gerade von linker Seite immer wieder kritisiert wird. Wie unsicher ist denn die Situation heute wirklich?

Der Kanton St.Gallen – und auch die Schweiz als Ganzes – sind nach wie vor sehr sicher. Die Sicherheit ist aber nicht mehr so hoch wie noch vor 20 Jahren. Und die Kriminalitätsbelastung ist in den Städten logischerweise grösser als auf dem Land. Wo sich mehr Leute aufhalten, bieten sich mehr Gelegenheiten für Delikte. Allerdings hat sich die Situation auch in den ländlichen Gebieten verändert. Die Anzahl Veranstaltungen hat allgemein zugenommen, was einen direkten Einfluss auf die Kriminalitätsbelastung haben kann.



Sie werden mich nun als naiv bezeichnen, aber hat es denn nicht auch schon früher genauso viele betrunkene Autofahrer und Schlägereien gegeben?

Das kann man mit dem Stichwort «24-Stunden-Gesellschaft» beantworten. Ich bin nun 44. Als ich im jugendlichen Alter war, hatte ich um Mitternacht zuhause zu sein. War ich das nicht, hatte das Konsequenzen. Und der Ausgang beschränkte sich damals noch auf das Wochenende. Heute haben wir ein vollkommen anderes Ausgehverhalten: Sie können die ganze Woche hindurch an Partys gehen. Und wenn es mehr Möglichkeiten gibt, haben Sie potenziell auch mehr Konflikträume. Und die Jugend ist unkontrollierter. Oftmals fehlen die Vorgaben von zuhause. Die Eltern wissen teilweise gar nicht, wo sich ihre Kinder aufhalten.

«Es hiess lange Zeit, dass dies das einzige Departement ist, das man der SP übergeben kann.»

Ist auch die Schwelle zur Gewaltanwendung gesunken?

Das auch. Es wird zudem schneller zu einer Waffe gegriffen. Sie sagen richtig: Auch früher gab es Schlägereien. Damals waren die Verhältnisse jedoch ausgeglichener. Während sich früher noch zwei Personen prügelten, geht heute oft eine Gruppe von Personen auf einen Einzelnen los. Und bei solchen «Raufereien» kennt man oftmals keine Grenzen mehr. Es wird dabei noch brutal auf den am Boden liegenden eingeschlagen. Grenzen gibt es keine mehr. Aber eines ist klar: Wir reden hier letztlich von einer Minderheit. Die überwiegende Mehrheit ist problemlos.

«Für mich als Liberale kann es keine bessere Motivation geben.»

Wie problematisch ist der Drogenhandel?

Es besteht nach wie vor ein aktiver Drogenhandel. Den sichtbaren haben wir meiner Meinung nach aber ziemlich weggebracht. Wie Sie sicher wissen, hatten wir ja ziemliche Probleme mit den Schwarzafrikanern und dem Kokainhandel. Hier konnten wir mit Ausschaffungen und der Aktion «Ameise» Druck ausüben. Bei der Aktion «Ameise» tätigt eine Sondereinheit der Polizei Scheinkäufe. Damit wurde die Szene stark verunsichert. In Zürich oder Bern sieht man in der Öffentlichkeit nach wie vor einen gewissen Drogenhandel. In St.Gallen ist es besser geworden. Aber man muss sich

bewusst sein: So lange es Konsumenten gibt, gibt es auch einen Handel. Und Sie würden sich noch wundern, wer alles zu den Konsumenten gehört.

Das geht quer durch alle Gesellschaftsschichten.

Absolut, ja. Gerade der Drogenhandel ist in der Hand von Gruppierungen, die für die Polizei kaum zugänglich sind. Und die Täter werden immer erfinderischer. Kulturelle und sprachliche Unterschiede erschweren der Polizei den Zugang zu solchen Tätergruppen. Nehmen wir einen Drogenhändler als Beispiel: Er führt vielleicht pro Tag bis zu 500 Telefongespräche, und das in einer Fremdsprache. Diese auszuwerten, ist mit einem enormen personellen Aufwand verbunden. Oder nehmen wir die Kinderpornografie: Da finden Sie in der Regel nicht nur eine, sondern gleich hundert DVDs. Es liegt dann an unseren Ermittlern, dieses Material zu sichten und auszuwerten. Das ist absolut zwingend, da wir kein verbotenes Material retournieren dürfen.

Kommen wir nochmals zurück auf die Gewaltdelikte. Wie hoch ist hierbei der Ausländeranteil?

Bei den schweren Delikten ist er überproportional. Im Rahmen der Jugendkriminalität gehen 60 bis 70 Prozent der Delikte, die sich direkt gegen Personen richten, auf das Konto von ausländischen Tätern.

«Mein Mann erinnert mich noch heute ab und zu an diese Aussage.»

Sie erwähnten in einem Interview, dass viele dieser gewalttätigen Jugendlichen deutsch sprechen und auch vollkommen integriert seien.

Das ist so. Es ist immer wieder die Rede von einer verfehlten Integration. Man sagt, die Jugendlichen hätten keine Perspektive. Wir sind dieser Behauptung intern nachgegangen und zum Schluss gekommen, dass dies in dieser Weise nicht zutrifft. Es handelt sich überhaupt nicht um eine kriegstraumatisierte und nicht integrierte Generation. Es sind sehr oft Jugendliche, die hier geboren sind, deutsch sprechen und schulisch integriert sind. Was allenfalls zutrifft ist, dass diese Jugendlichen unter sich bleiben und kaum mit Schweizern verkehren. Und oftmals ist ein sozialer Frust spürbar. Sie stellen fest, dass die Eltern sehr wohl hier arbeiten, aber zur Unterschicht gehören. Natürlich haben sie Perspektiven, jedoch nicht die, die sie sich vorgestellt haben.

Zusammenschluss von Innerrhoden und Ausserrhoden*



* Wenn es soweit ist, erfahren Sie es bei uns als Erster.

stadt24.ch

appenzell24.ch

thurgau24.ch

LEADERonline.ch